

Die Schere ist auseinandergegangen

Manuela Schwesig, Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern, über Armut in ländlichen Räumen, Aufgaben des Staates und die soziale Dimension gleichwertiger Lebensverhältnisse

Was sind die gravierenden sozialen Probleme der Menschen in ländlichen Regionen?

Schwesig: In ländlichen Räumen fehlen naturgemäß die industriellen Zentren. Das bedeutet, dass die Menschen auf dem Land auch nicht von den Möglichkeiten des Arbeitsmarktes in der Industrie und in der gut bezahlten Dienstleistungsbranche profitieren.

Gibt es eine „typisch ländliche“ Armut auf dem Lande? Welche Gruppen sind betroffen?

Schwesig: In Deutschland gibt es leider Armut sowohl auf dem Land als auch in der Stadt. Armut macht sich nicht unbedingt am Wohnort fest, sondern immer noch an der sozialen Herkunft der Menschen. Eine Arztochter vom Land hat bessere Aufstiegschancen als die Tochter einer Hartz-IV-Empfängerin aus der Stadt. Das müssen wir ändern. Wenn sich Armut über mehrere Generationen zementiert, ist der soziale Frieden der Gesellschaft in Gefahr.

Wie hat sich die Problemlage in den letzten Jahren entwickelt?

Schwesig: Die Schere ist auseinandergegangen. Die Bundesregierung hat die Entwicklung verschlafen. Und dass sie jetzt noch den Armutsbericht in einer Weise schön, dass er ihr ins Bild passt, ist skandalös.

In welchen Landesteilen sind die Probleme am gravierendsten?

Schwesig: Armut ist nicht unbedingt ein Problem von Ost oder West und Stadt oder Land.

Wie stellt sich die Situation in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu anderen Flächenländern dar?

Schwesig: In Mecklenburg-Vorpommern muss man unterscheiden. Es gibt zum einen die westlichen Landesteile, die sehr von den Zentren Hamburg und Lübeck profitieren. Das sieht man auch deutlich an den Arbeitslosenzahlen, die in den Landkreisen Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim deutlich geringer sind als in den östlichen Landesteilen. Viele Menschen im Westen des Landes pendeln täglich in den Großraum Hamburg. Natürlich wirkt sich das auch auf die demografische Entwicklung aus. Wenn Sie in Pasewalk oder Demmin leben, fahren Sie nicht täglich 300 Kilometer oder mehr zur Arbeit.

Gerade ländliche Gebiete profilieren sich vielfach über touristische Angebote. Beeinträchtigt das eine offene Diskussion über soziale Probleme?

Schwesig: Da muss man unterscheiden. In Mecklenburg-Vorpommern profitiert vor allem die Ostseeküste vom Tourismus. Im Binnenland gilt es weiter, touristische Angebote auszubauen. Aber nur durch hohe Übernachtungszahlen und viele Touristen ist noch kein soziales Problem gelöst. Diejenigen, die in der Tourismusbranche arbeiten, müssen auch anständiges Geld verdienen. Das wirkt einer weiteren Abwanderung entgegen.

Mecklenburg-Vorpommern ist das Tourismusland Nummer 1. Inwieweit wirkt sich das auf die soziale Situation auf dem Lande aus?

Schwesig: Die gesamte Ostseeküste hat sich in den vergangenen 20 Jahren ungemein verändert. Der Tourismus boomt, das Hotel- und Gaststättengewerbe profitiert davon. Das muss aber auch bei den Beschäftigten ankommen. Für die Übernachtung auf Rügen bezahlt der Gast nicht weniger als für die Übernachtung in St-Peter-Ording. Aber das Zimmermädchen auf Rügen verdient wesentlich weniger. Das kann nicht sein.

Die Alterung der Bevölkerung und die Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen verschärfen das Problem der ländlichen Armut. Teilen Sie diese Einschätzung?

Schwesig: In den 90er Jahren haben sehr viele junge Leute Mecklenburg-Vorpommern verlassen. Eben auch sehr viele junge Frauen. Die jungen Frauen und ihre Kinder fehlen heute im ländlichen Raum. Aber die Landesregierung steuert dagegen. Mecklenburg-Vorpommern hat auch in seinen ländlichen Räumen vieles zu bieten, was Sie in Großstädten wie Hamburg oder Berlin nicht finden.

Es ist ein ganz gehöriger Unterschied, ob eine junge Frau in Hamburg einen Kitaplatz sucht oder in Schwerin. Mecklenburg-Vorpommern liegt bei der Kinderbetreuung bundesweit mit an der Spitze. Was nützt der alleinerziehenden Mutter der schönste Arbeitsplatz, wenn sie keinen Krippen- oder Kitaplatz findet? In Mecklenburg-Vorpommern besuchen über 76 % der Kinder zwischen einem und drei Jahren eine Kindertageseinrichtung. Da sind wir im Bundesvergleich ganz vorne.

Welche Aufgaben sehen Sie darüber hinaus für die Landesregierung?

Schwesig: In Mecklenburg-Vorpommern ist in den vergangenen Jahren vieles getan worden, um die ländlichen Räume attraktiver zu gestalten. Das Beispiel der Kinderbetreuung habe ich schon angesprochen. Wir bieten wohnortnahe Plätze in Kitas oder bei Tagesmüttern an.

Ein anderes Beispiel ist die ärztliche Versorgung. Gerade für ältere Menschen auf dem Land ist das ein ganz wichtiges Thema. Das Institut für Community Medicine an der Universitätsmedizin in Greifswald hat gerade erst eine Studie zur Versorgung mit Kinderärzten im dünn besiedelten Vorpommern erstellt. Daraus ziehen wir die entsprechenden Schlüsse. Mit Hilfe des Landes wurden an den medizinischen Fakultäten der Universitäten Rostock und Greifswald zwei Lehrstühle für Allgemeinmedizin eingerichtet. Dadurch werden zusätzlich Allgemeinmediziner ausgebildet, die wir gerade im ländlichen Raum benötigen. Gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern fördern wir Medizinstudentinnen und -studenten, die einen Teil ihrer Ausbildung in einer Hausarztpraxis absolvieren. Wir haben in diesem Jahr ein neues Landespflegegesetz verabschiedet. Darin wird mehr auf ambulante als auf stationäre Pflege gesetzt. Ambulante Pflege kommt auch den dünn besiedelten Regionen zugute. Das sind nur einige Beispiele.



Manuela Schwesig ist seit Oktober 2008 Sozialministerin in Mecklenburg-Vorpommern. Die 38-jährige Diplom-Finanzwirtin stammt aus Brandenburg. Sie war mehrere Jahre in der Finanzverwaltung in Frankfurt/Oder und Schwerin tätig, bevor sie sich politisch engagierte, zunächst in der Kommunalpolitik in Schwerin, später auf Landesebene. Seit Ende 2009 ist Schwesig stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD. Sie wird aller Voraussicht nach im anstehenden Bundestagswahlkampf eine herausgehobene Rolle spielen und dem vorgesehenen Kompetenzteam von SPD-Kanzenkandidat Peer Steinbrück angehören.

Welches Mindestmaß an Vorsorge kann der Staat in den besonders vom demografischen Wandel betroffenen Regionen in Zukunft noch leisten?

Schwesig: Für uns ist ganz klar: Die medizinische Versorgung muss gewährleistet sein, an der Qualität darf es keine Abstriche geben. Ländliche Räume werden von uns nicht aufgegeben, sondern unterstützt.

Inwieweit trägt die soziale Arbeit der Kirchen, die in Teilen Ostdeutschlands nicht mehr flächendeckend präsent ist?

Schwesig: Die Kirchen und kirchlichen Organisationen sind wichtige Partner in vielen sozialen Bereichen. Ihre Arbeit ist nicht hoch genug zu bewerten.

Welchen Stellenwert messen Sie der Arbeit der Zivilgesellschaft bei?

Schwesig: Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Ich nehme da als Beispiel nur die vielen ehrenamtlich tätigen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Der Staat kann nicht immer und überall sämtliche Aufgaben erfüllen. Ehrenamtliche Tätigkeit fördert auch ungemein den Zusammenhalt. Nehmen Sie die Freiwilligen Feuerwehren oder die Sportvereine. Die sind gerade auf dem Land oftmals der Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens. Das fördern wir weiter und unterstützen das Ehrenamt. Was aber auch klar sein muss: Das Ehrenamt darf nicht hauptamtliche Fachkräfte verdrängen und als Lückenbüßer eingesetzt werden.

Wie ernst ist aus Ihrer Sicht die Gefahr, dass rechte Gruppierungen in die Lücken springen, die durch einen Rückzug öffentlicher Einrichtungen entstehen?

Schwesig: Rechtsextremisten bieten keine Lösungen an. Das wissen die Menschen in Stadt und Land. Die Zivilgesellschaft ist gefordert, rechten Gruppierungen keinen Raum für ihre menschenverachtende und demokratiefeindliche Propaganda zu lassen.

Die Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist Auftrag des Grundgesetzes. Ist das Postulat aus Ihrer Sicht noch zeitgemäß?

Schwesig: Das macht den Sozialstaat aus und ist seit über 60 Jahren ein Erfolgsmodell in Deutschland. Wenn ich den Blick auf andere europäische Länder werfe, gibt es dort zum Teil große Probleme wirtschaftlicher und sozialer Art zwischen einzelnen Landes-teilen. Deutschland hat von diesem Postulat profitiert. Deshalb darf am Länderfinanzausgleich auch nicht gerüttelt werden.

Was folgt daraus für die Sozialpolitik?

Schwesig: Jemand in Vorpommern hat das gleiche Anrecht auf eine gute medizinische Versorgung wie jemand in Köln. Und im Bayerischen Wald darf es keine schlechtere Altenpflege als in Leipzig geben.

Im Brennpunkt der bundesweiten Armutsdiskussionen stehen zumeist städtische Problemgebiete. Teilen Sie die Befürchtung, dass ländliche Räume ins Abseits geraten und ihnen nicht hinreichende politische Aufmerksamkeit zuteil wird?

Schwesig: In Mecklenburg-Vorpommern ist das nicht der Fall. Aber sicher ist es spektakulärer über Neukölln oder Wilhelmsburg zu berichten als über Vorpommern oder die Uckermark.

Welche Rolle werden Fragen der ländlichen Entwicklung und der Situation der Menschen auf dem Lande im anstehenden Bundestagswahlkampf für die SPD spielen?

Schwesig: Für uns steht soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt unseres Handelns. Das beinhaltet natürlich auch die Gerechtigkeit der Chancen im ländlichen Raum und in den Städten. Fragen von Mindestlohn, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und einer gerechten Rentenpolitik sind gerade für die Menschen im ländlichen Raum von großer Bedeutung. Wer etwas für mehr Gerechtigkeit in Deutschland tun will, muss immer die ländlichen Räume im Auge haben.

Bedarf es eines veränderten Ressortzuschnitts auf Bundesebene, um den besonderen Problemlagen auf dem Lande gerecht zu werden?

Schwesig: Es bedarf einer anderen Bundesregierung. Rot-grün wird eine Abkopplung ländlicher Gebiete nicht zulassen. ■ Rainer Münch

Armut ist eine Folge des Wirtschaftsmodells

Dr. Rudolf Martens, Leiter der Paritätischen Forschungsstelle im Paritätischen Gesamtverband, über Mobilitätsarmut und verschämte Armut auf dem Lande, wachsende Altersarmut und das deutsche Armutsparadoxon

Was unterscheidet ländliche von städtischer Armut?

Martens: Der Unterschied zwischen städtischer und ländlicher Armut liegt, neben der schlechteren Versorgung mit sozialen Dienstleistungen, in der potenziellen Mobilitätsarmut der Empfänger von Grundsicherungsleistungen wie Hartz IV, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Des Weiteren sind die Unterschiede zwischen Hocheinkommensbezieher und einkommensarmer Bevölkerung in den Städten besonders ausgeprägt, anders formuliert: die soziale Spreizung ist im ländlichen Raum geringer als in den Städten.

Was verstehen Sie unter „Mobilitätsarmut“?

Martens: Alle Einrichtungen und Dienste, die in Städten stets mehrfach vorhanden sind und die man in der Stadt gut erreichen kann, sind im ländlichen Raum oft nur mit Mühe erreichbar. So besteht oftmals der Zwang, selbst als Hartz IV-Empfänger ein Auto zu unterhalten. Dies ist aber nur leistbar, wenn an notwendigen Ausgaben an anderer Stelle gekürzt wird. Für Einkommensarme ist das Leben mit Kindern oder als Mensch mit Behinderungen bzw. mit chronischen Erkrankungen oder als alter Mensch oft viel mühsamer, zeitaufwendiger und teurer als in der Stadt. Für erwerbsfähige Menschen, die langzeitarbeitslos sind oder nur eine Beschäftigung mit Niedriglohn haben, ist es in den meisten ländlichen

Gebieten schwieriger als in der Stadt, einen gut bezahlten Arbeitsplatz zu bekommen. Oft wird dies nur durch lange Fahrwege oder Fernpendeln möglich sein. Zwar sind die Wohnkosten und Lebensbedingungen insbesondere für Familien mit Kindern auf dem Lande z. T. sehr viel günstiger als in Ballungsräumen, dagegen stehen aber die hohen Mobilitätskosten. Im ländlichen Raum kann Armut eine spezifische Ausprägung als „Mobilitätsarmut“ annehmen – eine Armutsform, die es so in der Stadt nicht geben kann.

Gibt es eine versteckte Armut auf dem Lande?

Martens: Aus Untersuchungen ist bekannt, dass die Schamgrenze bei der Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen im ländlichen Bereich besonders hoch ist. Zustehende Sozialleistungen werden oftmals nicht beantragt, um das Stigma des „Sozialhilfeempfängers“ zu vermeiden. Armut im ländlichen Raum ist immer noch „verschämt“, darin sind sich deutsche und nicht-deutsche Bevölkerung sehr ähnlich. Armut in ländlicher Idylle ist so gesehen eine spezifische und zugleich strengere Form der Armut.

In Großstädten ist die Schamgrenze niedrig. Hartz IV oder Sozialhilfe zu beziehen, ist nichts Außergewöhnliches – besonders in Stadtvierteln mit vielen Hartz IV-Empfängern. Dies gilt für die deutsche wie ausländische Bevölkerung.



Dr. Rudolf Martens (geb. 1951 in Treysa, Schwalm-Eder-Kreis/Hessen) ist seit 1991 im Paritätischen Gesamtverband tätig und seit 2007 Leiter der neu eingerichteten Paritätischen Forschungsstelle im Paritätischen Gesamtverband, Berlin. Unter seiner Federführung entstehen Analysen zu Ursachen, geografischer Verbreitung und den sozialen Folgen von Armut in Deutschland. Seine Expertisen bringt der Forscher immer wieder in Kommissionen, auch im Bundestag, ein.

Foto: Paritätischer Gesamtverband

Armutsdefinition: Relative Einkommensarmut, Äquivalenzeinkommen und Armutsschwelle

Die inzwischen vier Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung orientieren sich an einem relativen Einkommensbegriff. Die Armutsgrenze wird entsprechend dem EU-Standard mit 60 % eines mittleren Äquivalenzeinkommens definiert. Das mittlere Einkommen bzw. Medianeinkommen ist nicht identisch mit dem Durchschnittseinkommen. Das Medianeinkommen liegt genau in der Mitte einer Einkommensverteilung, die nach der Höhe der Einkommen geschichtet ist. Beispielsweise definiert bei fünf Einpersonenhaushalten der dritte Haushalt den Medianwert; bei sechs Haushalten definiert den Median der Mittelwert aus drittem und viertem Haushalt. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Einkommen je Haushaltsmitglied. Die Bedarfsgewichte oder Äquivalenzziffern berücksichtigen den Umstand, dass unterschiedlich große Haushalte nicht ohne Weiteres miteinander vergleichbar sind. Größere Haushalte haben gegenüber Einpersonenhaushalten Einspareffekte z. B. durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum oder Haushaltsgeräten. Dies wird durch Äquivalenzziffern ausgeglichen.

Beispiel: Im Jahr 2011 beträgt der deutschlandweite Median des Nettoäquivalenzeinkommens 1 413 € im Monat, daraus berechnet sich eine Armutsschwelle (60 %) von 848 € (Armutquote: 15,1 %). Diese 848 € entsprechen der Armutsschwelle eines Einpersonenhaushalts. Nach den geltenden Äquivalenzziffern geht der erste Erwachsene eines Haushalts mit dem Faktor 1,0 in die Gewichtung ein, alle anderen Mitglieder im Alter von 14 und mehr Jahren mit 0,5 und alle jüngeren Mitglieder mit dem Faktor 0,3. Entsprechend beträgt die Summe der Äquivalenzziffern eines Paarhaushalts mit einem Kind unter 14 Jahren: $1,0 + 0,5 + 0,3 = 1,8$. Daraus berechnet sich eine Armutsschwelle für diesen Haushaltstyp in Höhe von: $1,8 \cdot 848 = 1\,526$ €.

Sehen Sie Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland?

Martens: In Westdeutschland sind die Armutsquoten im ländlichen Raum in der Regel geringer als in den Städten. In Ostdeutschland fallen die Armutsquoten generell höher aus als in Westdeutschland, die Unterschiede zwischen Städten und ländlichen Räumen sind dagegen im Osten typischerweise gering.

Wie macht sich die Alterung der Bevölkerung bemerkbar?

Martens: Vorausberechnungen der künftigen Rentenhöhen weisen eindeutig darauf hin, dass wir in Ostdeutschland ab ca. 2020 mit einer stark steigenden Altersarmut zu rechnen haben. Dies trifft im Osten die Städte wie den ländlichen Raum. Neben der Armut der jüngeren Bevölkerung muss noch das zusätzliche Problem einer wachsenden Altersarmut bewältigt werden. Aber auch in einzelnen Gebieten Westdeutschlands – wie im Nordosten Bayerns, Stichworte sind Nebenerwerbslandwirtschaft und Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe, Fremdenverkehrswirtschaft – droht jetzt schon Altersarmut im ländlichen Raum.

Die Diskussion um Armut in Deutschland dreht sich zumeist um die Situation in städtischen Problemgebieten. Wird das Thema „Armut auf dem Lande“ hinreichend in der Öffentlichkeit wahrgenommen?

Martens: In der Medienwirklichkeit wird „Armut auf dem Lande“ kaum wahrgenommen. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass im Westen mehr als 85 % der Armutsbevölkerung in Städten und im Stadtumland lebt, in Ostdeutschland sind das mit gerundet 60 % deutlich weniger.

Was sind aus Ihrer Sicht die wesentlichen Ansätze, um die spezifischen Probleme auf dem Lande zu lösen?

Martens: Die deutsche Wirtschaftspolitik hat sich seit über einem Vierteljahrhundert auf ein Wirtschaftsmodell festgelegt, bei der der deutsche Sonderweg von Niedriglohnstrategie und Sozialkürzungen verknüpft wird mit einer aggressiven Exportpolitik. Das ist der Hauptgrund, warum in Deutschland Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitslosigkeit mit konstant hohen Armutsquoten einhergehen. Wir sprechen vom „deutschen Armutsparadoxon“. Diese Form zu wirtschaften geht auf Kosten der Binnenkonjunktur und – was regelmäßig vergessen wird – in spezifischer Weise auf Kosten des ländlichen Raumes: Niedriglohnstrategie funktioniert besonders gut mit möglichst niedrigen Preisen für Nahrungsmittel. Entsprechend groß ist das politische Interesse, an diesem für den ländlichen Raum schädlichen Arrangement nichts zu ändern. Nahrungsmittelindustrie und Handel sorgen für den politisch gewollten Preisdruck. Was bislang nicht in die Öffentlichkeit gedrungen ist: Dem Niedriglohn der abhängig Beschäftigten entspricht die Niedrigentlohnung der bäuerlichen Landwirtschaft.

Wenn das geschilderte Wirtschaftsmodell so bleibt, wie es ist, lässt sich Armut nicht überwinden, weder in den Städten noch im ländlichen Raum. Bestenfalls gelingt eine Armutsplinderung. Hilfreich wäre eine

Erhöhung des Existenzminimums für Hartz IV-, Sozialhilfe- und Grundsicherungsbezieher. Wegen der Sparquote der Betroffenen in der Nähe von Null ergibt sich ein nützlicher Nebeneffekt. Da das meiste Geld logischerweise in Regionen mit großen Beständen an Hilfebeziehern fließt, profitieren am meisten die strukturschwachen (ländlichen) Regionen. Kurz gesagt: Eine kräftige Erhöhung des Existenzminimums wirkt wie eine zielgenaue Regionalförderung.

Was bedeutet die demografische Entwicklung mit einer alternden Bevölkerung sowie der Abwanderung junger und gut ausgebildeter Menschen aus strukturschwachen Regionen für die verbleibenden Menschen?

Martens: Ländliche Räume sind eher binnenwirtschaftlich orientiert, exportstarke Branchen konzentrieren sich überwiegend in Ballungsräumen. Die Abwanderung im ländlichen Raum lähmt so nicht nur die regionale Wirtschaft, zudem wird die weitere Entwicklung vorhandener wirtschaftlicher Potenziale behindert. Keine gute Idee ist es, mit linearer Kürzungspolitik diese Entwicklung wissentlich oder unwissentlich zu forcieren. Wenn sich die Infrastruktur ausdünnert und die Schule im Ort geschlossen wird, ist das ein starkes Signal für die jüngere Bevölkerung, sich jetzt nach einem neuen Wohnort, vielleicht in der Stadt, umzusehen. Was viele Politiker nicht verstehen wollen: Wirtschaftliche Abwärtsspiralen lassen sich

nicht regional eingrenzen. Regionen sind immer auf vielfältige Weise miteinander verflochten. Eine Region, die durch wirtschaftspolitische Vernachlässigung abstürzt, belastet zugleich ihre Nachbarregionen. Bedeutet: Die Infrastrukturen müssen funktionsfähig bleiben, vorhandene wirtschaftliche Potenziale müssen weiter gefördert werden.

Was tut der Paritätische Wohlfahrtsverband, damit dem Thema „Armut auf dem Lande“ die erforderliche Aufmerksamkeit in Politik und Öffentlichkeit zuteil wird?

Martens: Der Paritätische ist ein Dachverband von 15 Landesverbänden und über 10 000 eigenständigen Organisationen, Einrichtungen und Gruppierungen im Sozial- und Gesundheitsbereich. Er ist damit in allen Feldern der Sozialarbeit tätig und unterhält Dienste und Einrichtungen im städtischen wie ländlichen Bereich. Dienste und Einrichtungen müssen in strukturschwachen ländlichen Gebieten erhalten werden, der Paritätische ist sich dessen nur zu bewusst. Er hat seit 1989 dafür gesorgt, dass das Armutsthema in der Öffentlichkeit präsent bleibt. Inzwischen gibt es den vierten Bundesdeutschen Armuts- und Reichtumsbericht: Was aber immer noch aussteht und wohl auch noch lange ausstehen wird, ist eine – auch die Wirtschaft, Finanzen und Steuern – umfassende Politik gegen Armut und Ausgrenzung. Gleichermassen für die Stadt und für das Land. ■ Rainer Münch

POOR ECONOMICS

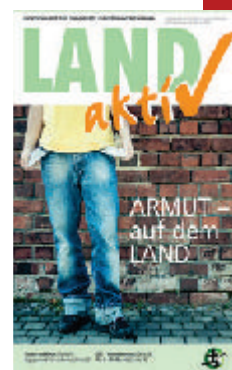
Plädoyer für ein neues Verständnis von Armut

Abhijit V. Banerjee und Ester Duflo. Knaus Verlag, München 2012, 384 S., ISBN 978-3-8135-0493-4, 22,99 €.

Um zu verstehen, warum Arme arm sind, haben Banerjee und Duflo 15 Jahre lang Studien über Hunger, Hygiene, Impfungen, Bildung und viele weitere Aspekte von Armut miteinander verglichen und die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung untersucht. Zusammen mit (Hilfs-)Organisationen und anderen Wissenschaftlern haben sie darüber hinaus eigene Kontrollstudien durchgeführt. Dabei war es ihnen wichtig, immer wieder den Blick darauf zu richten, wie die Armen Entscheidungen treffen, warum sie so leben, wie sie leben, und dies genau zu beschreiben. Herausgekommen ist ein spannendes Buch mit vielen Einzelerkenntnissen wie der, dass jedes noch so kleine Stückchen Bildung hilft, um dem Ziel einer Beschäftigung und damit besseren Chancen im Leben näherzukommen. ■ fa

ARMUT auf dem LAND

Die Ausgabe 01/2013 der Zeitschrift LAND aktiv, Zeitschrift des Katholischen Landvolks, hat den Schwerpunkt „Armut auf dem Land“ mit weiteren informativen Beiträgen. Zu bestellen unter Tel. (02224) 71031, bundesstelle@klb-deutschland.de



Mobilität, Erreichbarkeit und soziale Exklusion

Christian Schlump*

Den Zusammenhängen zwischen Mobilität und Erreichbarkeit einerseits sowie gesellschaftlicher Teilhabe bzw. sozialer Exklusion andererseits gingen Forscher/-innen im Rahmen eines Projekts für das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung nach.¹ Im Folgenden werden erste Ergebnisse dargestellt.

Statistisch gesehen fahren die Menschen in ländlichen Regionen häufiger mit dem Pkw als in Städten. Für den Weg zur Arbeit, zum Einkaufen oder für Freizeitaktivitäten sind öffentliche Verkehrsmittel bisher oft keine Alternative. Haushalte mit unterdurchschnittlichen Einkommen verfügen allerdings über weniger Autos als der Durchschnitt. Kann daraus der Schluss gezogen werden, dass soziale Benachteiligung zu Erreichbarkeitsproblemen führt und eine vollständige gesellschaftliche Teilhabe somit nicht mehr gewährleistet werden kann? Können auf der anderen Seite auch Erreichbarkeitsprobleme selbst zu sozialer Benachteiligung und Exklusion führen?

Dieses Wechselspiel wurde im Projekt „Mobilität, Erreichbarkeit und soziale Exklusion“ untersucht und unter dem Titel „Strategien zum demographischen Wandel – Standort und Standortalternativen“ aus dem Forschungsprogramm Stadtverkehr (FoPS) finanziert. Um die Fragen zum Verkehrsverhalten zu beantworten, haben die Wissenschaftler Daten der Umfrage „Mobilität in Deutschland“ (MiD 2008) und Ergebnisse des Deutschen Mobilitätspanels (MOP) ausgewertet.

Benachteiligung und Erreichbarkeit messbar machen

Die Forscher haben soziale Benachteiligung anhand verschiedener Indikatoren „gemessen“. Ausschlaggebend waren das Haushaltseinkommen und die Anzahl der erwerbslosen sowie gesundheitlich eingeschränkten Personen im Haushalt. Außerdem zogen sie den höchsten Bildungsabschluss eines Haushaltsmitglieds sowie den sozioökonomischen Status des Wohnquartiers heran. Je geringer beispielsweise das Haushaltseinkommen oder der sozioökonomische Status des Wohnquartiers, desto stärker benachteiligt ist der Haushalt. Anhand der genannten Indikatoren wurden fünf Gruppen gebildet: von „besonders stark sozial benachteiligt“ bis „gar nicht sozial benachteiligt“.

Die Erreichbarkeitsverhältnisse wurden in diesem Forschungsprojekt daran gemessen, wie gut zugänglich der Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz ist und wie gut es um die nächste Einkaufsmöglichkeit bestellt ist.

Sozial benachteiligte Haushalte leiden besonders unter mangelnder Erreichbarkeit

Soziale Teilhabe hängt mit der Erreichbarkeit von Angeboten zusammen. Haushalte, die unter so-

zialer Benachteiligung leiden, berichten in der Umfrage zum Mobilitätsverhalten besonders häufig von Erreichbarkeitsproblemen – sei es von Ausbildungs- oder Arbeitsplätzen als auch von Geschäften. Die Forscher fanden heraus, dass vor allem Personen mit geringem Einkommen, geringer Bildung und Menschen unter 18 bzw. über 65 Jahren über Erreichbarkeitsprobleme berichten (s. Abb. 1) – eine Altersgruppe, die in ländlichen Räumen sehr stark vertreten ist. Den stärksten Einfluss auf die Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten übt die Pkw-Verfügbarkeit aus. Dies betrifft wieder vor allem die sozial benachteiligten Haushalte: Während weniger als 10 % der nicht benachteiligten Haushalte ohne Pkw leben, gilt dies für fast ein Drittel der am stärksten benachteiligten Haushalte. Besonders betroffen sind Menschen, die in kleineren Gemeinden in ländlichen Regionen leben.

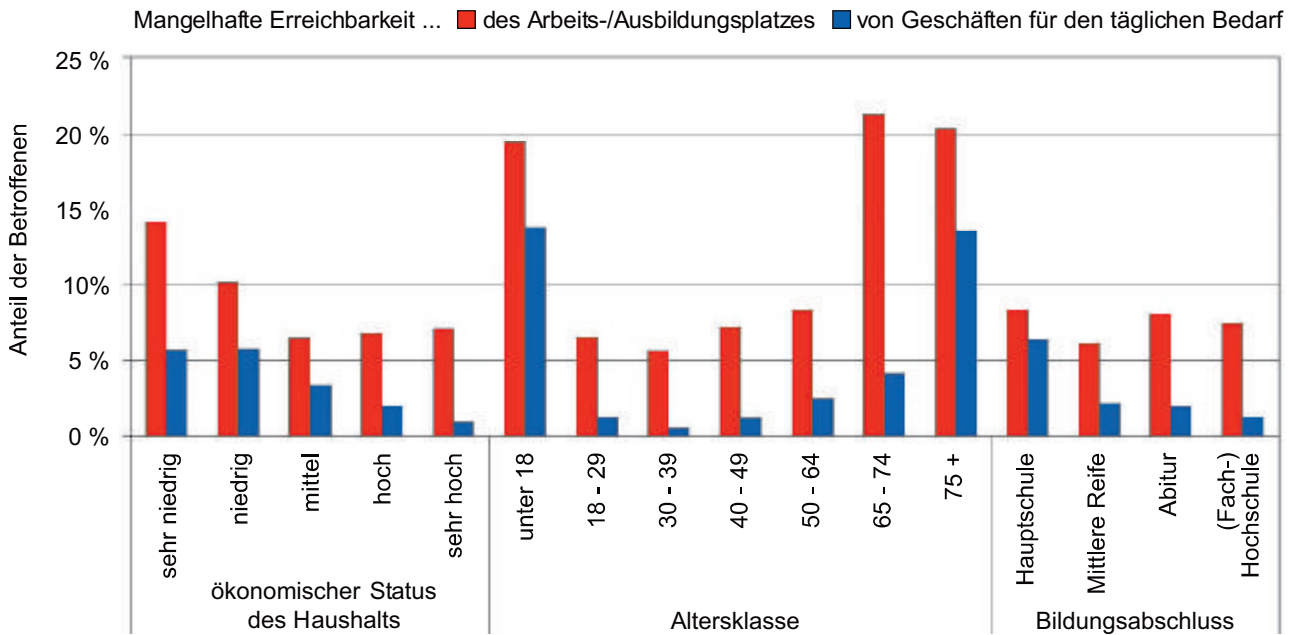
Aktionsräume werden kleiner und die Wege weniger

Die Forscher fanden weiterhin heraus, dass die Nutzung des Pkw, des öffentlichen Verkehrs und sogar des Fahrrads abnimmt, je stärker die soziale Benachteiligung des Haushalts ist. Besonders gravierend sind die Unter-

* Christian Schlump, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Referat I 5 – Verkehr und Umwelt, Bonn, Tel. (0228) 99 401-23 40, christian.schlump@bbr.bund.de, www.bbsr.bund.de

¹ Die Bearbeitung des Projekts erfolgte durch Dr. Joachim Scheiner (Forschungsbüro Scheiner Dortmund), Uta Bauer (Büro für integrierte Planung Berlin) und Heike Wohltmann (plan-werkStadt Bremen).

Abbildung 1: Mangelhafte Erreichbarkeit und Sozialstruktur



schiede im Fernverkehr. In der am stärksten benachteiligten Gruppe geben fast 70 % der Befragten an, in den letzten drei Monaten keine Reise mit Übernachtung unternommen zu haben. In der gar nicht benachteiligten Gruppe sind dies nur 29 %.

In vielen Gemeinden ländlicher Regionen ist die Einschränkung der Wegehäufigkeit bei sozial benachteiligten Haushalten stärker ausgeprägt als andernorts. Sie legen also weniger Wege am Tag zurück als sozial stärkere Gruppen. Über die Wegehäufigkeit hinaus ist soziale Benachteiligung auch mit Einschränkungen der Aktionsräume verbunden, d. h. die Länge der zurückgelegten Wege sowie die insgesamt zurückgelegte Distanz nehmen deutlich ab. Eine eingeschränkte Wegehäufigkeit ist zwar nicht notwendigerweise mit sozialer Exklusion gleichzusetzen, kann aber aufgrund ihrer engen Assoziation mit sozialer Benachteiligung als „Verdachtsfall auf soziale Exklusion“ angesehen werden.

Zusammenfassend konnte in dem Projekt festgestellt werden, dass Verdachtsfälle sozialer Exklusion insbesondere bei geringem Bildungsniveau, geringem Einkommen und älteren Menschen ab 75 Jahren auftreten. Potenziell fehlende gesellschaftliche Teilhabe findet sich weiterhin bei Mobilitätseingeschränkten (betrifft nur Fußwege), fehlendem oder eingeschränktem Zugriff auf einen Pkw, bei peripherer Wohnlage und schlechter nichtmotorisierter Erreichbarkeit von Geschäften. In demografisch schrumpfenden Gemeinden im ländlichen Raum ist die Wegehäufigkeit (ohne Fußwege) signifikant geringer als in wachsenden oder stagnierenden Gemeinden. Dort zeigen sich damit überdurchschnittliche Teilhabeprobleme im Sinne der Mobilität – sowohl im Vergleich zu städtischen als auch im Vergleich zu anderen ländlichen Räumen.

Wie die dadurch entstehenden Nachteile, die vor allem in ländlichen Regionen eine Herausforderung darstellen, möglicherweise abgefedert werden können, war Teil der weiteren Forschungsarbeiten im Projekt. Als Ergebnis wurden praktikable und finanzierbare Handlungsstrategien entwickelt, die die Daseinsvorsorge und gesellschaftliche Teilhabe in dünn besiedelten ländlichen Räumen sicherstellen können. Dafür wurden neben quantitativen Datenauswertungen auch qualitative Expertengespräche in drei Fallregionen geführt. Die Ergebnisse können in Kürze als BMVBS-Online-Publikation auf der BBSR-Internetseite kostenlos heruntergeladen werden. ■

Weitere Zusammenhänge zwischen sozialer Exklusion im Kontext von Mobilität und Erreichbarkeit legt die BMVBS-Online-Publikation 27/2012 „Mobilität, Erreichbarkeit und soziale Exklusion“ offen. Mit der Versorgung im ländlichen Raum beschäftigt sich auch das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge (ArD). Als Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) setzt das Forschungsprogramm einen Schwerpunkt innerhalb der Initiative ländliche Infrastruktur des BMVBS.

Armut in der Uckermark

Susann Jenichen und Wolf von Nordheim* beantworteten Fragen der ASG zu einem Projekt in der Uckermark, das sie im Rahmen ihrer Tätigkeit für das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD (SI), Hannover, bearbeiten.

Welche Schwerpunkte haben die Studien des SI zum Thema Armut im ländlichen Raum?

Susann Jenichen: Berücksichtigt wird insbesondere die Perspektive der Betroffenen auf ihre eigene Situation. Wann und wie erleben diese ihre Situation als Armutssituation? In einer Studie von Marlis Winkler¹ über Armut in den ländlichen Regionen Niedersachsens wurde deutlich: Menschen, die langfristig mit finanziellen Einschränkungen leben, werden ausgegrenzt und fühlen sich moralisch abgewertet. Das trifft auch auf das Leben auf dem Land zu. Die allgemein vorfindbare Vorstellung einer über Generationen gewachsenen ländlichen Gemeinschaft, die helfend und entlastend durch Armutssituationen trägt, konnte in der Studie von Frau Winkler kaum bestätigt werden. Der Wandel des Lebens auf dem Land und die wachsende Heterogenität der ländlichen Bevölkerung führen zur Vereinzelung. Auch wer schon immer auf der „Scholle“ wohnt, bleibt möglicherweise ohne Netzwerk aus Verwandten und Nachbarn zurück.

In der aktuellen Studie über Armut in der Uckermark² wird darüber hinaus deutlich, wie vielfältig Formen von Armut sein können. Diese Region im Nordosten Deutschlands hat durch den Transformationsprozess der Vereinigung rapide und tiefgreifende Dynamiken des Wandels erlebt. Es wird eine Gruppe bürgerschaftlich engagierter Menschen (in Kirchengemeinden, Vereinen, Politik und Nachbarschaft) sichtbar, die an der Armutsgrenze bzw. in Armut leben. Moralische Ausgrenzung in ihren alltäglichen Beziehungen beschreiben diese Menschen nicht, verneinen diese sogar. Sie relativieren ihre persönliche Armut und möchten lieber etwas tun, als zu klagen. Dennoch können sie die tagtäglichen Belastungen ihrer Situation klar benennen und darstellen, wie sie gegen diese ankämpfen müssen.

Zitat: „Und das Schlimmste bei dieser ganzen Situation, das sind die Kinder. Die sind ja schon vorher abgestempelt. Die Kinder sind doch das Wichtigste eigentlich für uns. Und wenn wir die Kinder so am Existenzminimum, sage ich jetzt mal, rumkriechen lassen, was soll das werden? Kinder sind doch unsere Zukunft. Und dann wird in

der Schule das gebraucht und in der Kinderkrippe das und im Kindergarten das. Alles muss teuer bezahlt werden. Jede Stunde, die länger dauert, kostet so viel. Und meine Schwiegertochter ist Friseurin. Die verdient ja auch fast nichts. Wie überall. Und dann geht es los: Und da müssen sie hinfahren. Da müssen sie bezahlen. Das muss bezahlt werden. ‚Ja‘, sagt sie, ‚ich muss mir überlegen. Ich habe noch ein Kind. Wie denn?‘ Ist nicht einfach, aber trotzdem darf man da den Kopf nicht in Sand stecken. Das bringt ja nichts.“ (weiblich, ca. 60 Jahre)

Neben diesen alltäglichen Belastungen, stellen die engagierten Betroffenen in besonderer Weise heraus, dass für sie die Armut, die sie als Akteure von Institutionen und als Bewohner der Region erleben, eine Belastung eigener Qualität bedeutet.

Zitat: „Wenn man sich den baulichen Zustand der Kirchen, unserer Gebäude anguckt und der Pfarrhäuser anguckt, dass man weiß, es muss dringend was getan werden. Es sind ja auch Kulturgüter. Es sind dorfprägende Gebäude und so. Und es ist in weiter Ferne, wo man diese Sachen in einen Zustand versetzen kann, wie man sagen kann, jetzt ist es in Ordnung oder so. Wie lange hält die Glocke noch? Wie lange hält der Dachstuhl noch? Wie lange steht die Mauer noch? Das sind dann gleich finanzielle Größenordnungen, die sind jenseits von Gut und Böse. Also ich meine für Fußballer wäre das ein Klacks. Aber für uns sind das eben Summen. Und das ist so beklagenswert, dass man gezwungen ist, so zu leben und irgendwie klarzukommen und man überhaupt nicht sieht, dass sich da irgendwie mal was ändert oder dass es dafür irgendeine Richtlinie oder irgendwelche Mittel gibt, dass das erhalten werden kann. Dass die Kulturgüter bestehen können. Dass man da so ohnmächtig dagegen ist. Dass man das so aufgedrückt kriegt, das ist es eben.“ (weiblich, ca. 60 Jahre)

Ausgrenzungserfahrungen stecken im Gefühl, eine politisch vernachlässigte Region zu sein. Verlorene Teilhabe wird erlebt, wo z. B. die Mobilität starke Einschränkungen erfährt, weil weder die Hoffnung auf ein eigenes Auto noch auf ein ausreichendes Netz öffentlicher Verkehrsmittel besteht oder wo Behörden zentralisiert und unerreichbar werden. Moralische Zumutungen werden erlebt, wo trotz einer Vollerwerbstätigkeit der Gang zur Behörde zur Notwendigkeit wird.

* Susann Jenichen, susann.jenichen@si-ekd.de, und Wolf von Nordheim, wolf.vonnordheim@t-online.de, beide Sozialwissenschaftliches Institut der EKD, www.si-ekd.de

¹ Marlis Winkler: „Nähe, die beschämt – Armut auf dem Land“: www.ekd.de/si/projekte/abgeschlossen/armut_in_aelndlichen_raeumen.html

² Uckermark-Projekt: www.ekd.de/si/projekte/17503.html

Zitat: „Das sind zwar Leistungen, die einem dann per Gesetz zustehen. Aber man kommt sich dann als Bittsteller und so vor, und das geht einem einfach gegen den Strich, dann letztendlich.“ (weiblich, ca. 50 Jahre)

Die SI-Studien zu Armut lassen Betroffene zu Wort kommen und ermöglichen einen Blick auf deren Lebensverläufe. Was wird durch diese Herangehensweise besonders deutlich?

Susann Jenichen: Die Frage nach den Auswirkungen gelungener oder gescheiterter gesellschaftlicher Teilhabe kann durch den genauen Blick auf Lebensverläufe in eigener Qualität beantwortet werden. Die Studien des SI bestätigen, dass Ausmaß und Vielfalt verfestigter Armut Beachtung finden müssen. Bereits in der Studie von Marlis Winkler wurde dargestellt, wie schnell eine Familie durch den Verlust von Erwerbstätigkeit in eine nachhaltige Armutssituation (Verlust des Wohneigentums, Privatinsolvenz) geraten kann. Diese Beispiele finden sich auch in der aktuellen Studie. Neben der Vielfalt an Formen der Armutsbetroffenheit wird ebenso eine Vielfalt an Formen verfestigter Armut deutlich.

Einerseits zeigt sich verfestigte Armut in jenen Familien, die bereits in der dritten Generation im Leistungsbezug leben und denen das Erlernen von Teilhabe zur nahezu unüberwindbaren Hürde wird (z. T. durch funktionalen Analphabetismus der Eltern und Schulunfähigkeit der Kinder). Andererseits zeigt sich verfestigte Armut und das Bemühen, diese zu überwinden, in Familien, deren ältere Generationen trotz starker finanzieller Einschränkungen gesellschaftliche Verantwortungsträger sind. Deren Kinder verlassen die Region, um gegen eine Fortsetzung der familiären Armut in ihrer Generation vorzubeugen. Für die, die bleiben, ist der Verlust der Familienbeziehungen ebenso ein Aspekt ihres Erlebens von Armut.

Zitat: „Ja und schlimm finde ich dann letztendlich auch, dass eben so viele Kinder, beziehungsweise Jugendliche, junge Leute, dann letztendlich gezwungen sind, auszuwandern hier, um ihren Lebensunterhalt, ihr Leben zu bestreiten. Und das ist für mich dann auch arm, dass die Jugend, die Kinder, dass die gezwungen sind, weggehen zu müssen und woanders zu leben. Und dann kommen sie ja im Allgemeinen nicht mehr zurück. Haben sich dann woanders ihr Leben aufgebaut. Ihren Freundeskreis aufgebaut. Haben ihren Verdienst und sind hier halt nicht mehr da. Und das ist dann auch so für die Familie oder für das Zusammenleben, wie man das so eigentlich dann gerne hätte, da fehlt dann was. Da ist einfach was abgerissen. Und das tut einem dann schon weh. Und wenn man dann, weiß ich, die Enkelkinder dann nur, was weiß ich, drei Mal im Jahr sieht. Und das ist ja auch verlorene Lebensqualität für unsere Generation dann.“ (weiblich, ca. 60 Jahre)

Gibt es Besonderheiten der ostdeutschen Situation, die Sie auch anhand von Zahlen benennen können?

Wolf von Nordheim: Ich möchte vor allem auf den schlagartigen und tiefgreifenden, bis heute nachwirkenden Totalzusammenbruch der Lebens- und Arbeitsverhältnisse ab 1989 hinweisen: Von 85 000 Arbeitsplätzen in der Uckermark vor der Wende gab es 1995 nur noch 28 000 – 2012 waren es zwar wieder 36 000 (während die Bevölkerung um 25 % abnahm), aber ein großer Teil davon setzt Qualifikationen voraus, die gerade die zur Wendezeit ca. 30-Jährigen nicht hatten und auch nicht mehr erwarben.

Von 21 000 Arbeitsplätzen in der Land- und Forstwirtschaft 1989 gab es 1992 noch 4 000, heute noch 1 800 (minus 91 %) – besetzt zu einem Drittel mit Nicht-Uckermärkern. Der zweitgrößte Arbeitgeber, das PetroChemische Kombinat Schwedt beschäftigte 1989 10 000 Menschen in Vollzeit, im Jahr 2012 noch 1 400 (inkl. Teilzeit) – also minus 86 %.

Die persönliche Existenzsicherung, zu DDR-Zeiten durch Vollbeschäftigung normal und garantiert, war ohne Vorbereitung und Übergangszeit zur Aufgabe eines jeden Einzelnen geworden – und ohne dass wohnortnah ein Arbeitsplatzangebot entstanden wäre, das den Wegfall der unproduktiven früheren Arbeitsplätze kompensiert hätte. Die schnelle Abwanderung derer, die durch Alter, Qualifikation und Eigeninitiative leicht auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt unterkamen, erschwerte jeden hypothetischen wirtschaftlichen Neuanfang (bis heute Facharbeitermangel!): Die Aktivsten waren gegangen. Und dies setzt sich seit über 20 Jahren fort in einer jährlichen Bildungsabwanderung von 71-85 % der 18-24-Jährigen.

Es blieben die durch Arbeitsplatz, Familien, Eigentum und Heimatgefühl Gebundenen, die alt werdenden, die gering Qualifizierten und Erwerbslosen. Bei ihnen liegt die Kaufkraft 10 % niedriger als im Land Brandenburg (das 21 % niedriger liegt als Bayern), die amtliche Arbeitslosenquote liegt bei 21 % (der Kirchenkreis-Sozialarbeiter schätzt die tatsächliche Zahl der Erwerbslosen auf das Doppelte), der SGB II-Bezug bei 22,5 % (davon ca. 27 % Aufstocker!), die Kinderarmut bei 32 % und die Jugendarmut bei 24 % (alle Angaben: wegweiserkommune.de). Hochgerechnet aus SOEP-Daten befinden sich mindestens 12 % der Wohnbevölkerung im Status der verfestigten Armut.

Den Kommunen, dem Landkreis und dem Land fehlen die Mittel, um einen 2. Arbeitsmarkt zu etablieren, um den Menschen, die z. T. seit der Wende keine reguläre Arbeitsstelle mehr hatten, Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, von strukturierten Tagesabläufen und Verantwortung zu ermöglichen – selbst die 1,5 €-Jobs wurden um mehr als ein Drittel gekürzt. So entstehen (von keiner Statistik erfasst, aber allen bekannt) Soziotope der z. T. seit zwei Jahrzehnten aus dem Standard-Lebensentwurf Ausgeschiedenen.

Da seit der Wende die meisten Erwerbskarrieren stark fragmentiert sind, ist mit einer zunehmenden Altersarmut nach Renteneintritt zu rechnen (verwertbare Zahlen liegen nicht vor), die gesprächsweise allerorten schon als versteckte Altersarmut zu Tage tritt – gravierend wird dies durch die starke Überalterung der Uckermark: Der Anteil der über 65-Jährigen liegt heute bei 30 %, Prognose für 2030: 40 %. Von den „Selbstheilungskräften des Marktes“ oder der Aktivierung der endogenen Potenziale allein ist auf diesem Hintergrund keine Abwendung der Armutsbedrohung zu erwarten.

Wie ist die Lage der Männer gekennzeichnet?

Bekannt ist die problematische Entwicklung des Geschlechterverhältnisses. Während Frauen (zumeist mit Ausbildungen im tertiären Sektor) die Krisen-Regionen überproportional häufig verlassen, orientieren sich Männer (immer noch) an traditionellen Berufen (primärer und sekundärer Sektor). Mit diesen Qualifikationen können sie in anderen Regionen nicht Fuß fassen, finden aber auch vor Ort keine Arbeit.

Qualitative Studien (z. B. „Not am Mann“ DEMOS, Berlin 2007, „Leben unter Niveau“ Hummel, Frankfurt 2011) weisen aus, dass unter den Rückkehrern mit erfolgloser oder unbefriedigender Berufskarriere „im Westen“ die Männer deutlich dominieren; zurück im Osten gliedern sie sich Milieus mit ähnlich negativen Erfahrungen (vor Ort oder im Westen) an. Dort braucht man sich nicht zu rechtfertigen, zu verstecken oder zu schämen – allerdings ist fast ausgeschlossen, dass sie dort eine Anstellung finden, durch die sie aus dem Voll- oder Teilbezug von Hartz IV herauskommen. Solche Stellen gibt es durchaus (wenn auch begrenzt) – sie setzen aber Qualifikationen voraus, die gerade diesen Männern fehlen. Und darüber werden sie älter, womit ihre Motivation (oft auch Fähigkeit) zu langfristigen Fortbildungsgängen schwindet – wenn diese ihnen überhaupt (anknüpfend an die bisherige Ausbildung und Berufserfahrung) angeboten würden. Ehe und Familiengründung bleiben für sie zumeist nur ein Wunschtraum.

Werden Sie auf der Basis Ihrer Forschungen Handlungsperspektiven empfehlen?

Susann Jenichen: Die Studien des SI sollen Perspektiven aufzeigen. Wo gibt es Potenziale, wo Optionen, die ein bewältigendes und gestaltendes Handeln ermöglichen? Aus diesen Fragen erwachsen Hinweise für bestehende Institutionen und Organisationen. Sie öffnen jedoch auch den Blick für neue Formen bürgerschaftlichen Engagements.

In der SI-Studie in der Uckermark wird die Möglichkeit eines institutionell gestützten Netzes von Akteuren (Kirchengemeinden, Pfarrsprengel, diakonische Einrichtungen und Gremien des Kirchenkreises Uckermark) in einer Region systematisch betrachtet. Die Frage ist, wie regional orientiertes bürgerschaftliches Engagement gegen Armut und für gerechte Teilhabe gestärkt und erschlossen werden kann. Dabei kann sowohl an die flächendeckende Struktur der kirchgemeindlichen Arbeit als auch an Erfahrungen bestehender Netzwerkiniativen wie „Zuhause in Brandenburg e.V.“ für Rückkehrer in die Uckermark oder das „Netzwerk Gesunde Kinder e.V.“ angeknüpft werden.

Wolf von Nordheim: In der Uckermark (und anderswo) liegen die unbezahlten Rechnungen der Wiedervereinigung auf dem Tisch. Intensive staatliche Maßnahmen wie Etablierung eines 2. Arbeitsmarktes inklusive Sozialtraining und unbürokratische Rentenaufstockungen scheinen mir unumgänglich.

Bis dahin:

Die Einsicht in die Unausweichlichkeit der Situation (weil wir nicht mehr wegziehen, weil wir keine guten Jobs mehr kriegen) kann zugleich der Zwang und die Chance sein, um Strategien der gemeinschaftlichen „Erträglichmachung“ des Lebens mit wenig Geld zu entwickeln – dies unter gleichzeitiger Einforderung von Unterstützung durch Staat und durch Bessergestellte im Landkreis wie durch Weggezogene. Heraustreten aus den individuellen (stillen oder verbitterten) Leidensgeschichten – so sehr mir die enormen Anpassungsleistungen an Kärghlichkeit auch Achtung abnötigen! – und in Würde solidarisch leben! Dass Armut mehrheitlich NICHT als eigenes Versagen gewertet wird, ist dafür die Chance. ■



Forum Kinderarmut in Uslar

Seit mehr als fünf Jahren setzt sich das Uslarer Forum Kinderarmut für gerechtere Teilhabechancen von sozial und finanziell benachteiligten Kindern sowie Familien im Raum Uslar ein. Gegründet auf Initiative des Diakonischen Werkes des Ev.-luth. Kirchenkreises Leine-Solling entstand so eine Plattform, in der eine Vielzahl von Akteuren gemeinsam an Ideen, Konzepten und konkreten Hilfen für bessere Zukunftschancen von Kindern vor Ort arbeitet. Interdisziplinäre Kooperationen und die Förderung eines breiten sozialpolitischen Bürgerengagements stehen dabei im Vordergrund – seit 2010 auch unter Verwendung der Beteiligungsmethode Community Organizing.

Fotos: Forum Kinderarmut

Knapp 15 000 Einwohner leben in der südniedersächsischen Kleinstadt Uslar im Landkreis Northeim, ca. 14 % der Kinder und Jugendlichen im Alter von 0-15 Jahren in Familien, die mit Leistungen nach SGB II (Hartz IV) auskommen müssen. Vor diesem Hintergrund entstand 2007 das Forum Kinderarmut mit dem Ziel, Missstände in den Lebensverhältnissen benachteiligter Kinder vor Ort aufzuzeigen und Lösungsansätze zu finden. Als gemeinwesendia-konischer Handlungsansatz wird das Forum von Kirche und Diakonie gemeinsam getragen. In Kooperation mit sozialräumlichen Akteuren sollen so Verantwortung übernommen sowie kircheneigene und gesellschaftliche Ressourcen im Gemeinwesen aktiviert werden.

Breites Akteurspektrum

Von Beginn an wurde versucht, möglichst viele Personen aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen in die Arbeit des Forums einzubeziehen. Insgesamt beteiligten sich ca. 25 sozial engagierte Bürger, Vertreter aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Ak-

teure aus den Arbeitsbereichen Jugendhilfe, Gesundheit, Bildung und Beratung. Innerhalb des Forums wurden in drei Arbeitsgruppen – Bildung, Freizeit und Frauen- & Familienberatung – konkrete Hilfsprojekte geplant und umgesetzt. So kamen u. a. Schülerbeihilfen für alle bedürftigen Kinder und Jugendlichen an Uslarer Schulen, eine Hausaufgabenbetreuung und ein gemeinsames Mittagessen an der Sollingschule Uslar und an der Grundschule Schoningen, Starterpakete für Erstklässler in Höhe von 100 €, der Kochkurs „Kinder kochen für ihre Eltern“ und die Initiative „Beitragsfreie Mitgliedschaft in Uslarer Vereinen“ zustande.

Beteiligung Betroffener

Trotz des sehr breiten Akteurspektrums waren zunächst hauptsächlich Menschen im Forum Kinderarmut engagiert, die selbst nicht von Armut betroffen sind. Nach einem selbstkritischen Reflexionsprozess wurde ein Perspektivwechsel beschlossen: Betroffene sollten künftig beteiligt werden, da sie als „Experten“ ihrer eigenen Lebenssituation Probleme und Handlungsdruck am

Besten identifizieren können. Diese Zielgruppe findet gewöhnlich im sozialpolitischen Raum kein Gehör und ist selten in die traditionell geprägte Kirchengemeindegemeinschaft mit einbezogen. Als Methode für die Betroffenenbeteiligung wurde das Community Organizing gewählt. Dieses Prinzip ermöglicht es, besonders die Bedürfnisse und Fähigkeiten von Menschen mit Armutserfahrung in den Blick zu nehmen. Mit dem Forum Kinderarmut wird Kirche so zu einem Ort, an dem sich Menschen aus unterschiedlichen Lebenswelten begegnen, sich solidarisch gegen soziale Missstände einsetzen und durch das Aushandeln gemeinsamer Ziele eine neue Beziehungskultur entwickeln können.

Im November 2010 konnte zudem eine Koordinierungsstelle für das Projekt „Gemeindeentwicklung und Armutsbekämpfung im Raum Uslar durch Community Organizing“ für drei Jahre geschaffen werden, um den intensiven Beteiligungsprozess zu begleiten und zu steuern. Die Finanzierung des Projektes setzt sich aus Mitteln des Diakonischen Werkes Leine-Solling, Sonder-

mitteln der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers für besondere Projekte in der Diakonie und Fördergeldern der Sozial- und Sportstiftung des Landkreises Northeim zusammen.

Die Methode Community Organizing

Community Organizing kommt ursprünglich aus den Chicagoer Armenvierteln. Die Bewohner wurden unter Anleitung dazu befähigt und bestärkt, sich zu organisieren und aktiv für ihre eigenen Interessen einzutreten. Häufig angewandt wird das Community Organizing zur Mitgliederwerbung und zum Ausbau des eigenen Einflusses von Gewerkschaften, die im anglo-amerikanischen Raum teils eigene Organizing-Institute führen und dort professionelle Organizer ausbilden.

Im Kontext des Forums kann Community Organizing verstanden werden als eine „aktivierende Beziehungsarbeit zum Aufbau von Bürgerorganisationen“¹ (z. B. in benachteiligten Sozialräumen) mit dem Ziel, Bürger und Bürgerinnen zusammenzubringen, damit diese für ihre eigenen Interessen eintreten. Langfristig wird so eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen angestrebt. Ein Community Organizing-Prozess besteht dabei meist aus drei- bis vierphasigen Organisationszirkeln. In einem ersten Schritt werden persönliche Gespräche bzw. ein Zuhörprozess mit den Betroffenen geführt, um einen Einblick in die Lebenswelten der Menschen, ihre Probleme und Wünsche zu erhalten. Auf einer öffentlichen Veranstaltung werden die Gesprächsergebnisse Interessierten vorgestellt und eine Arbeitsgruppe gebildet. Innerhalb dieser werden weitere Nachforschungen und Analysen

betrieben, um so Lösungen für die identifizierten Probleme zu erarbeiten. Ein letzter Schritt befasst sich mit der konkreten Planung und Durchführung von Aktionen und Projekten. Abweichend zur Bürgerinitiative will ein Community Organizing-Prozess dauerhafte Bürgerorganisationen und Netzwerke aufbauen.

Umsetzung in Uslar

Auch der Community Organizing-Prozess des Forums Kinderarmut begann mit einem ersten offenen Zuhörprozess. Nach einem Methodiktraining mit Reverend Paul Cromwell wurden 40 Einzelgespräche im Umfang von 30-40 Minuten von acht Ehrenamtlichen durchgeführt. Da Kinderarmut eine Folge von Elternarmut ist, wurde der Zuhörprozess speziell mit Eltern geführt, die von Armut betroffen sind. Gerade deren Anliegen galt es, mithilfe von Community Organizing zu erfahren und sie einzuladen, an Problemlösungen mitzuarbeiten. Hierfür haben sich Familien mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Eltern, die

Ihre Reaktionen waren entgegen anfänglicher Bedenken sehr positiv. Vor allem die aktive Einbeziehung wurde von den Betroffenen als gewinnbringend bewertet. Im anschließenden Vernetzungs- und Kennenlernprozess wurden die Ergebnisse der Einzelgespräche präsentiert und unter Einbeziehung der befragten Eltern verschiedene Bildungs- und Freizeitprojekte gemeinsam umgesetzt. Hierzu zählen beispielsweise Kinoangebote für Kinder und Jugendliche, Back- und Kochtreffen und die Möglichkeit für Kinder, Natur zu erleben.

Beschäftigung mit dem Bildungs- und Teilhabepaket

Seit Oktober 2011 setzt sich das Forum Kinderarmut mit dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (BuT) auseinander. Im Landkreis Northeim nutzen nur knapp 40 % der Anspruchsberechtigten die Leistungen des BuT (Stand: Dezember 2011). Um die Ursachen für die geringe Nutzung zu ergründen und am Abbau von Hindernissen mitzuwirken, wurde



Projekt „Kartoffeln pflanzen und ernten“, Sommer 2011

¹ Weitere Informationen zur Methode Community Organizing unter www.fo-co.info



Besuch im Bundestag 2012

ebenfalls mit der Methode Community Organizing gearbeitet. Im Dezember 2011 haben die Engagierten des Forums Kinderarmut eine Informationsveranstaltung zum Thema „Das Bildungs- und Teilhabepaket in der Praxis – Chancen, Hindernisse, Perspektiven“ organisiert. Im Vorfeld der Veranstaltung wurden ca. 50 Gespräche mit Vertretern von Institutionen wie Schulen und Kindertagesstätten, Vereinen sowie mit betroffenen Eltern durchgeführt, um mit diesen über ihre Erfahrungen mit dem BuT zu sprechen. Die in den Gesprächen identifizierten Schwierigkeiten wurden auf der Informationsveranstaltung vorgetragen. Aufgrund eines lokalen Handlungsbedarfs konzentriert sich das Forum Kinderarmut nun auf den BuT-Zuschuss zur Mittagsverpflegung an Schulen und Kindertagesstätten. Im weiteren Verlauf wurden bundesweit übertragbare Praxisbeispiele recherchiert, um daraus Vorschläge für die Verbesserung vor Ort abzuleiten. In Anlehnung an das „Hamburger Modell“ wurde das Ziel formuliert, zunächst allen BuT-berechtigten Kindern im Raum Uslar/

Bodenfelde elternunabhängig ein kostenfreies Mittagessen ohne hohen bürokratischen Aufwand zu ermöglichen.

Der ermittelte Reformbedarf des BuT wurde im Oktober 2012 zudem im Berliner Bundestag Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit und Soziales vorgetragen. Das Forum Kinderarmut hatte diesen Termin als Höhepunkt einer Tagung des Vereins Forum Community Organizing (FOCO e. V.) organisiert. Gemeinsam mit Personen aus anderen Projekten, in der die Methode Community Organizing ebenfalls genutzt wird, wurden sowohl die Situation des Landkreises Northeim als auch die identifizierten Knackpunkte des BuTs von Betroffenen selbst geschildert. Die Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen waren sich am Ende des Gespräches über den bestehenden Handlungsbedarf einig. Auch auf Seiten der Ehrenamtlichen herrschte Zufriedenheit mit dem Gesprächsverlauf und den Einflussmöglichkeiten bürgerschaftlich solidarischen Handelns.

Community Organizing im ländlichen Raum

Die Methode Community Organizing erweist sich gerade für die Initiierung und Etablierung von Partizipationsprozessen im ländlichen Raum, die ein solch sensibles Thema wie Armut beinhalten, als sehr geeignet. Die meisten Beteiligungsprozesse setzen ein hohes Maß an Eigeninitiative voraus, schwierige Lebensumstände und ein niedriger sozialer Status führen aber dazu, dass sich Menschen mit Armutserfahrung ein Engagement in Eigeninitiative häufig nicht zutrauen. Hinzu kommt, dass Armut im ländlichen Raum eher unsichtbar ist und, auch aufgrund hoher sozialer Kontrolle, stark mit Scham und Angst vor Diskriminierung und Stigmatisierung verbunden ist. Community Organizing kann auf diese Ängste eingehen und dazu führen, dass sich Menschen ernst genommen und eingeladen fühlen. Dabei müssen jedoch Wege gefunden werden, die eine diskrete Beteiligung ermöglichen. Insbesondere zu Beginn ist daher das Zuhören, Aufbauen von Vertrauen und von tragfähigen Beziehungen unabdingbar. Zudem ermöglicht die Methode das Aufgreifen von Problemen, die beispielsweise in der Kommunalpolitik nicht thematisiert werden und deren Lösung sonst nicht fokussiert wird.

Community Organizing birgt somit die Chance, konkrete Probleme vor Ort zu identifizieren und durch sozialpolitisches Engagement gemeinsam mit Betroffenen wirkungsvoll Einfluss auf die Lebensumstände zu nehmen. ■ Marit Schröder und Melanie Schmidt

Kontakt

Melanie Schmidt, Projektkoordinatorin des Forums Kinderarmut im Diakonischen Werk des Ev.-luth. Kirchenkreises Leine-Solling, melanie.schmidt@leine-solling.de, Tel. (05571) 92 41-12

Vesperkirchen – mehr als ein warmes Mittagessen

Zwischen November und April sind im deutschen Südwesten wieder die „Vesperkirchen“ geöffnet. Sie bieten ihren Besuchern neben einer warmen Mahlzeit – dem Vesper – auch einen Ort für Gespräche, Begegnungen und Kultur. Ausgehend von Stuttgart ist die Idee der Vesperkirche mittlerweile in ganz Baden-Württemberg zu finden: So auch in Bopfingen, einer Kleinstadt im ländlich geprägten Ostalbkreis.

Ursprünge der Vesperkirche

Gerade in Großstädten ist Armut ein sehr präsent Thema. Die Armutsquote der 15 größten deutschen Städte liegt bei 19 %, in Stuttgart sind es trotz relativ hoher Einkommen noch 15 %. Vor diesem Hintergrund fand vor 18 Jahren die erste Vesperkirche in der Stuttgarter Leonhardskirche statt, seitdem wird sie jährlich für 6-7 Wochen im Winter von der Leonhardsgemeinde und dem Stuttgarter Diakoniefarramt organisiert. Morgens wird Kaffee und Tee ausgeschenkt, zu Mittag ein warmes Essen für 1,20 € angeboten, das in der Großküche eines Seniorenstifts täglich frisch zubereitet wird. Wer diesen Betrag nicht aufbringen kann, zahlt nichts. Am Nachmittag gibt es Kaffee und Kuchen sowie einen kostenlosen Vesperbeutel. Die Vesperkirche wird von hunderten ehrenamtlichen Helfern getragen, Sach- und Geldspenden spielen eine wichtige Rolle. Hinzu kommt der ehrenamtliche Einsatz von Ärzten, Tierärzten, Apothekern und Friseuren. Des Weiteren ist ein kulturelles Rahmenprogramm entstanden, für Gespräche und Beratungen stehen Diakone bereit. An Werktagen schließt die Vesperkirche mit einer gemeinsamen Andacht.

Seit Beginn der Stuttgarter Vesperkirche 1995 ist die Besucherzahl stetig gestiegen. Wurden anfangs etwa 200 Essen täglich ausgegeben, nähert sich die Zahl jetzt der 1 000er-Grenze. Dieser starke Zuwachs liegt vor allem darin begründet, dass die Anzahl der Menschen, die dauerhaft in Armut oder an der Armutsschwelle leben, zugenommen hat. Wer vom Existenzminimum leben muss, möchte dies nicht unbedingt der Nachbarschaft zeigen. Häufig bedingt Armut so auch soziale Abschottung und Einsamkeit.

Vesperkirchen landesweit

Die aufgezeigten Entwicklungen sind aber nicht auf großstädtische Regionen beschränkt. Insbesondere die „unsichtbare“ Armut ist vielfach in Bezug auf den engen sozialen Kontext dörflicher Strukturen thematisiert worden. Dass die Notwendigkeit der Vesperkirche – gerade nach Einführung der Agenda

2010 – auch in der Fläche gesehen wird, wird durch die vielen Nachahmer der vergangenen Jahre deutlich. Nach dem erfolgreichen Anlaufen der Stuttgarter Vesperkirche entschlossen sich Kirchengemeinden auf dem Land, das Projekt auch in ihrem Dekanat zu organisieren. Göppingen, Ulm und andere folgten schnell dem Stuttgarter Beispiel, mittlerweile gibt es über 25 solcher Projekte in Baden-Württemberg, auch in ländlich geprägten Gebieten. Dass die Idee der Vesperkirche nicht auf die evangelische Konfession beschränkt ist, zeigen viele ökumenische Projekte und die Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt.

Vesperkirche Bopfingen

Bopfingen ist ein solches Beispiel. Unter dem Motto „Satt werden an Leib und Seele“ wurde vom 2.-7. Dezember 2012 die 5. Ökumenische Vesperkirche in der Stadtkirche ausgerichtet. Rund 12 000 Einwohner zählt das Unterzentrum im ländlichen Osten Baden-Württembergs, strukturell steht die Kleinstadt eher schwach dar: Jüngere Menschen ziehen nach dem Abitur weg, Ältere bleiben. Bis in die 70er Jahre war die Stadt geprägt von Fell- und Lederindustrie, das Arbeitermilieu ist bis heute relativ groß und ohne tiefen kirchlichen Bezug. Laut Statistischem Landesamt waren 2011 12,1 % der Menschen in der Region Ostwürttemberg armutsgefährdet. Vor diesem Hintergrund entstand 2008 die Idee einer Vesperkirche, mit deren Angebot vor allem ältere Menschen angesprochen werden sollten. Relativ schnell fand sich ein ökumenisches Team von 70 Helfern, im Laufe der Jahre kamen immer mehr auch aus den umliegenden Dörfern dazu. Zu Beginn der 1. Vesperkirche kamen etwa 60 Gäste täglich, viele von ihnen nutzten das Angebot in ihrer Mittagspause. Vor allem für ärmere Menschen sei der Besuch anfangs eine Überwindung gewesen, berichtet Pfarrer Michael Rau: „In einer Großstadt wie Stuttgart ist das Umfeld viel anonym, hier kennt jeder jeden. Je kleiner das Dorf, desto geringer die Anonymität.“ Gerade bei von Armut betroffenen Menschen aus den umliegenden Dörfern musste viel Vertrauensarbeit geleistet werden, ehe diese das Angebot der Vesperkirche annahmen.

Mittlerweile sitzen Menschen aus Stadt und Umland zusammen, Arme und Reiche, Junge und Alte, Alleinstehende und Familien. 2012 wurden 180-200 Mahlzeiten täglich ausgegeben, die von einem Partyservice aus dem Nachbarort geliefert werden. Wie in Stuttgart auch, deckt der Preis von 1,50 € pro Mahlzeit die Kosten nicht ab und so gibt jeder, was er kann. Neben einem warmen Essen steht ein Vertreter der diakonischen Bezirksstelle für seelsorgerliche Betreuung bereit. Die Einrichtung der Vesperkirche hat zudem auch zu einer regionalen Vernetzung beigetragen. In den umliegenden Dörfern war die Konkurrenz zwischen den einzelnen Kirchen relativ ausgeprägt. Der verhältnismäßig neutrale kleinstädtische Standort der Vesperkirche wirkt solch einem „Kirchturmdenken“ entgegen und bringt die verschiedensten Menschen aus unterschiedlichen Orten zusammen.

Kein Lückenbüßer der Sozialpolitik

Auch in theologischer Dimension leistet die Vesperkirche mehr als Versorgung: Sie versichert den Menschen seiner Würde. Ob man als Helfer oder als zu Versorgender kommt, mag an individueller Tüchtigkeit liegen, kann aber auch nur Zufall sein. In der Vesperkirche soll das nicht abgewogen, sondern Diakonie auf Augenhöhe geleistet werden. Gerade in Zeiten, in denen Armut vielfach als Folge von Fehlverhalten dargestellt und ebenso medial inszeniert wird, gilt es, genau hinzusehen und Hartherzigkeit sowie achselzuckendes „Selbst Schuld!“ zu hinterfragen. Vesperkirche versteht sich nicht als Lückenbüßer der Sozialpolitik oder bessere Alternative, sondern ganz explizit als Mahnung an die Gesellschaft. Dabei muss sie immer in ein Netz der Hilfe eingebettet sein, von der Tafel über Suchthilfe bis zu Asylern für Obdachlose. ■ Marit Schröder



Vesperkirche in Bopfingen

Foto: M. Rau